

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 16, 9. August 2001

Einblicke

Ein Anfang

Von Frank Jansen

Der Tag hat die Bundesrepublik verändert. Vor einem Jahr, am 27. Juli, wurden zehn Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion verletzt, als in Düsseldorf ein Sprengsatz explodierte. Sechs der Opfer waren Juden. Die Täter waren unbekannt, aber schon der Verdacht, im Herzen des Westens hätten Neonazis gebombt, erregte mehr Entsetzen als die permanente braune Gewalt in Ostdeutschland. Doch nun rollte eine Kampagne gegen Rechtsextremismus über das Land. Sie hat mehr bewirkt, als zu erwarten war. Für den Anfang. Der deutsche Ableger der Skinhead-Vereinigung „Blood&Honour“ wurde verboten, ebenso die militante Kleingruppe „Hamburger Sturm“ und die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS). Auch die NPD steht unter Druck. Obwohl unklar bleibt, in welchem Maße Agenten des Verfassungsschutzes manche NPD-Aktionen vorangetrieben haben, kann die einem Verbot wahrscheinlich nicht entgehen. Die Innenminister haben die polizeiliche Erfassung rechter Straftaten reformiert. Nun gelten Kriterien, die es erlauben, auch vermeintlich harmlose Schmierereien richtig einzuordnen. So wird das Ausmaß der rechten Kriminalität deutlicher. Die Bundesregierung hat 40 Millionen Mark für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts zur Verfügung gestellt. Außerdem haben Bundes- und Länderbehörden sowie private Initiativen wie „Exit“ begonnen, Neonazis Hilfe zum Ausstieg anzubieten. Doch die Bereitschaft zum Abschied von den „Kameraden“ ist gering.

Den „Aufstand der Anständigen“ haben Neonazis und Skinheads mit umso heftigeren Angriffen beantwortet: 2000 wurden pro Tag mehr als 40 rechte Straftaten verübt – so viele wie nie seit der Wiedervereinigung. Die rechte Gefahr nimmt nicht ab. Das Milieu ist groß und weit verzweigt, die Ideologie in Köpfen verfestigt. Und der „normale“ Alltagsrassismus gärt weiter. Ein Jahr „Kampf gegen Rechts“ kann da nur der Anfang einer nachhaltigen antirassistischen Strategie sein. Er wurde nach dem 27. Juli gemacht, endlich.

Der Autor ist Redakteur beim Berliner „Tagesspiegel“

Rechter Geschäftssinn

Der Düsseldorfer Rechts-Rock-Unternehmer Torsten Lemmer behauptet einmal mehr, aus der Szene ausgestiegen zu sein.

Seite 2 ■

Südpazifik lässt grüßen

Deutsche Rechtsextremisten kennen die Schlupflöcher des Internets und nutzen Weiterleitungsadressen.

Seite 3 ■

„Mit Sicherheit Schill“

Die Partei Rechtsstaatliche Offensive macht in Hamburg mit „Law-and-order“-Parolen Wahlkampf. Laut Umfragen liegt sie bei zehn Prozent.

Seite 6 ■

Historische Wanderung

Das Jüdische Museum Berlin öffnet im September seine Pforten.

Seite 8 ■

Schlechte Kampagne

Eine provokative Aktion verträgt sich absolut nicht mit dem Holocaust.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Ausstieg auf Raten**

Torsten Lemmer behauptet einmal mehr, sich von der rechten Szene abgewandt zu haben. Zweifel erscheinen berechtigt.

Immer wieder hat es in der rechten Karriere des Düsseldorfer Rechts-Rock-Unternehmers Torsten Lemmer Phasen gegeben, in denen er behauptete, er habe der Szene den Rücken gekehrt. Insbesondere dann, wenn ihm die extreme Rechte als politische Plattform, Absatzmarkt und Ausgangspunkt zur Selbstdarstellung zu eng erschien. Schon nach dem unfreiwilligen Ende seiner Tätigkeit als Fraktionsgeschäftsführer der Düsseldorfer REP-Abspaltung Freie Wählergemeinschaft (FWG) Anfang 1993 hatte er Journalisten gegenüber verkündet, er wolle mit der Szene nichts mehr zu tun haben.

Tatsächlich baute er mit dem ehemaligen FAP-Aktivisten Andreas Zehnsdorf und mit finanzieller Unterstützung von Charlotte Rosenberger, Schwester des ehemaligen nordrhein-westfälischen REP-Landesvorstandsmitglieds Robert Nagels, die Firmen Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH (CZ) und das Label Funny Sounds and Vision Produktions- und Handelsgesellschaft mbH auf. Mit Lemmer und Zehnsdorf als Geschäftsführer entwickelten sich Funny Sounds und CZ zu Marktführern im Rechts-Rock-Geschäft.

Zum 1. Januar 1999 gab Lemmer seine Geschäftsführerposten an seine rechte Hand, den ehemaligen Hamburger JN-Landesvorsitzenden Jan Zobel ab, ohne allerdings seine Unternehmensanteile zu veräußern. Von nun an konzentrierte er sich darauf, zusätzlich seriöse Felder zu erschließen. Er erwarb einige Sonnenstudios, bewarb sich zur Vollversammlung der IHK und betätigte sich als Hundezüchter und Vorsitzender der Düsseldorfer Gruppe des renommierten „Boxer-Klub e.V. Sitz München“. Gleichzeitig bastelte er gemeinsam mit Jan Zobel an seinem politischen Comeback. Innerhalb kürzester Zeit wurde zumeist unter der offiziellen Verantwortung Zobels ein Revival alter FWG-Strukturen aufgelegt: Vom „Jugendoppositionstammtisch“ über die Zeitschriften „Düsseldraht“ und „Reflex“, provokanten Auftritten im Rathaus bis zur Gründung einer eigenen Liste, die zu den nächsten Kommunalwahlen antreten und Lemmer in den Stadtrat bringen soll.

Im Frühjahr 2001 rief Christoph Schlingensief auf die Bühne. Lemmer sah seine Chance gekommen und folgte gemeinsam mit Zobel, den „RockNord“-Redaktionsmitgliedern Melanie Dittmer und Jürgen Drenhaus sowie seinem 18-jährigen Zögling Tim Holzschneider diesem Ruf und verkündete seinen endgültigen Ausstieg. Er ließ sich von Pressekonferenz zu Talk-Show reichen, gründete mit Schlingensief den Verein „Rein“ für „ausstiegswillige Neonazis“ und bot Bundesinnenminister Otto Schily und der Bundeszentrale für Politische Bildung seine Anteile an der CZ GmbH für zwei Millionen DM zum Kauf an. Die in den letzten Jahren recht erfolgreiche Firma Funny Sounds hatte er schon vorher abgewickelt. Durch Gerichtsbeschluss vom 17. November 2000 wurde über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet und diese aufgelöst.

Nach Informationen des „Antifa-Koordinierungskreises Düsseldorf“ war Lemmer zu diesem Zeitpunkt Geschäftsführer einer weiteren Firma, der Enorgon-Aktiv Meyer GmbH, die sich der „Herstellung von homöopathischen Produkten unter Verwendung der Orgonstrahlen“ widmet und Lemmers 81-jährigem Großvater Ludwig Moos gehört, der sie 1997 von Robert Nagels und den Oberhausenern Jörg und Daniela Meyer erworben hatte. Moos fungierte 1992/93 für die FWG als stellvertretendes Ausschussmitglied des Düsseldorfer Stadtrats. Derzeitig findet eine Umstrukturierung seiner Firma statt. Der Name soll in „VGR-Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH“ geändert, der Sitz ins nahe Hilden verlegt werden und der Zweck der GmbH demnächst „der Verlag, die Produktion und der Vertrieb im Groß- und Einzelhandel von Tonträgern, Zeitschriften, Büchern, Werbe- und Fanartikeln (...) und das Management von Künstlern und Autoren“ sein. Dies ist einem notariell beglaubigten und an das zuständige Handelsregister gerichteten Begehren von Moos zu entnehmen.

Torsten Lemmer selbst ist im Rahmen der Umstrukturierung als Geschäftsführer abberufen worden. Sein Nachfolger mit Anschrift in einer Lemmer und Nagels gehörenden Immobilie in Hilden ist sein Zögling Tim Holzschneider. Wie heißt es doch gleich in dem von zwölf namhaften Intendanten, Regisseuren und Künstlern unterzeichneten und den Kauf der CZ empfehlenden „Offenen Brief an den deutschen Innenminister“ vom 19. Juni: „Was ... Naziaussteiger brauchen, ist ... die Fähigkeit zu klugem pragmatischen Handeln, das ... Risiken nicht scheut.“

Pierre Briegert

Hintergrund

Südpazifik-Flair

Rechtsextremisten nutzen bevorzugt die Schlupflöcher des Internets. Beliebt ist auch eine Weiterleitungsadresse über Vanuatu nordöstlich von Australien.

Erstmals hat eine Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob sich nicht nur Betreiber von rechtsextremen Internetseiten und ihre Provider strafbar machen, sondern auch Unternehmen, die solche Homepages „nur“ unter anderen Namen weiterleiten - und sie nach entsprechenden Hinweisen nicht löschen.

Die Methode ist in der Szene beliebt. Die „Freien Nationalisten Westerwald“ oder die Kameradschaften Mittweida und Oespel-Kley taten es beispielsweise, und die Neonazis aus Ennepetal und die „Skinheads Niederrhein“ gehören zu denen, die es immer noch tun: Bei einem so genannten Redirector beantragten sie die kostenlose Bereitstellung einer Internetadresse. Die Neonazis aus dem Westerwald, vom Niederrhein, aus Mittweida und Ennepetal und mit ihnen noch einmal zwei bis drei Dutzend anderer brauner Seitenbetreiber taten dies bei einem Unternehmen in Stuttgart, das Adressen mit der Länderkennung „vu“ vermittelt. „vu“ steht dabei für Vanuatu – ein Inselparadies nordöstlich von Australien, besser bekannt unter dem früheren Namen Neue Hebriden. Einzige Aufgabe dieser Adresse mit Südpazifik-Flair: Von ihr werden die Besucher automatisch auf die Anschrift weitergeleitet, auf der die Seite wirklich zu finden ist.

Der Vorteil für die Betreiber von Neonazi-Homepages, die oft auf Servern im Ausland liegen: Sie erhalten statt einer ellenlangen und komplizierten Adresse auf diese Art und Weise eine kurze Anschrift, die sich auch leicht merken lässt. Aus dem sperrigen www.angelfire.com/nh/kok/anfang.htm wurde so im Fall der Kameradschaft Oespel-Kley aus dem Dortmunder Westen ein einfaches www.kameradschaft-ok mit dem angehängten, ebenfalls simplen Kürzel des Unternehmens, das diese Dienste anbietet. Den Erfolg einer Internetpräsenz mache „oft eine schöne, kurze und einfach zu merkende Internetadresse aus“, heißt es in einer Eigenwerbung jenes Redirectors. Zur attraktiven Adresse kommt ein zweiter Vorteil: Durch einen einfachen Mausklick können die Betreiber ihre Seiten bei einer Fülle von Suchmaschinen regi-

strieren lassen. 250 und mehr nennt der Redirector in seiner Werbung.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn Neonazis, die das weltweite Netz und seine technischen Möglichkeiten seit Jahren zu nutzen wissen, sich gerade diese Chance entgehen lassen würden. „Wir haben festgestellt“, sagt auch Gregor Lange, der Sprecher des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen, „dass Rechtsextremisten überall die technischen Feinheiten ausnutzen, die eine Verbreitung der Seiten erleichtern.“

Mehr als 1000 deutschsprachige Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten zählen die Verfassungsschützer derzeit, wie das Düsseldorfer Ministerium unlängst berichtete. Seit letztem Jahr habe sich die Zahl verdoppelt, verglichen mit 1996 gar verzehnfacht. Innenminister Fritz Behrens warnte davor, die Wirkung rassistischer, volksverhetzender und den Holocaust leugnender Seiten gerade auf Jüngere zu unterschätzen: „Rechtsextremisten legen es mehr und mehr darauf an, ihre Auftritte auf jugendliche Zielgruppen auszurichten.“ Erreichen wollen sie dies mit attraktiveren Präsentationen, Chat-Rooms, Radio- und Videosendungen via Internet sowie Musikstücken in digitaler Qualität. Auch menschenverachtende Computerspiele im Netz würden gerade auf junge User zielen.

Fortgesetzt hat sich den Beobachtungen der nordrhein-westfälischen Verfassungsschützer zufolge die Tendenz, dass deutsche Rechtsextremisten ihre Homepages auf ausländische Server auslagern, um der Strafverfolgung zu entgehen. Bevorzugt werden dabei Provider in den USA, in Kanada und Skandinavien – was wiederum die Suche nach einem Redirector mit attraktiven Seitennamen wichtig werden lässt. Behrens begrüßte in seiner Zwischenbilanz in Sachen braune Präsenz im Internet die Feststellung des Bundesgerichtshofes, dass volksverhetzende Propaganda deutschem Strafrecht unterliegen könne, auch wenn sie über ausländische Server verbreitet werde. Aber er weiß auch um die Grenzen aller Bemühungen, braune Hetze im Internet zu stoppen: Die Struktur des Internet werde immer viele Schlupflöcher bieten.

Ein solches Schlupfloch schließen will die Aktion Kinder des Holocaust (AKDH), indem sie Provider und Redirecting-Unternehmen darauf hinweist, was unter ihrem Namen verbreitet wird. Die AKDH, ein „internationaler Zusammenschluss von

Nachkommen Überlebender der Judenverfolgung und des antifaschistischen Widerstands sowie deren Angehöriger und Freunde“, hatte bei jenem Stuttgarter Anbieter eines solchen Redirectings eine Vielzahl rechtsextremer Seiten entdeckt. Samuel Althof, Sprecher der Gruppe: „Auf den Homepages finden sich in Deutschland verbotene Bands, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Propagandamittel sowie volksverhetzende Äußerungen.“ Dass das Unternehmen braune Adressen nur sehr zögerlich oder gar nicht sperrte, der Verantwortliche gegenüber dem AKDH-Anwalt sogar gesagt haben soll, möglicherweise finde er den Inhalt ja sogar gut und im Fall staatsanwaltlicher Ermittlungen sei er sofort im Ausland, ließ Althof zum Mittel der Anzeige greifen, mit der sich nun die Stuttgarter Staatsanwaltschaft beschäftigen muss.

Bei dem Internetunternehmen fühlt man sich unschuldig. Zwar schaue man sich die Seiten nicht unbedingt an, die unter dem eigenen Kürzel laufen, räumt ein Sprecher ein. Dies sei ein unzumutbar hoher Aufwand. 20 bis 30 rechtsextreme Seiten habe man aber nach entsprechenden Hinweisen schon gesperrt. Auch Althof meint inzwischen, dass braune Seiten dort jetzt schneller wieder verschwinden – aber erst nach der Ankündigung der Anzeige.

Doch noch immer lassen sich von den weitergeleiteten Seiten Titel und Texte von Skinheadbands herunterladen – alles was der braune Nachwuchs am liebsten aus den Boxen dröhnen lässt. Noch immer bieten die Seiten über ihre Links den Einstieg in die braune Netzwelt. Und noch immer finden sich dort so genannte Spieleclans, deren Mitglieder sich die Dienstgrade von SA und SS geben und die unter den Bezeichnungen NS-Klan, Sturmabteilung (SA) oder Schutzstaffel (SS) firmieren. Letztere – eine Gruppierung aus der Hauptstadt und ihrem Umland – begründet die Wahl ihres Namens so: „um auf die böse deutsche Geschichte hinzuweisen und weil der Name Sturmabteilung Berlin-Brandenburg schon vergeben war“. Noch immer wartet bei dem Stuttgarter Unternehmen auch ein Chat für Skins und Nationalisten auf die Besucher („Alle, die nicht nationalistisch denken, müssen draußen bleiben“). Und noch immer finden sich auf den Seiten zahlreiche Hakenkreuze, SS-Runen und -Totenköpfe, wird dort für die Neonazi-Kultband „Zillertaler Türkenjäger“ geworben und zu Aufmärschen der Neonaziszene aufgerufen.

Tomas Sager

Aktivitäten

„Possenspiele“

Neonazis hoffen, die NPD zu beerben

Als die NPD im vorigen Jahr parteiintern ein Demo-Verbot verhängte, hagelte es Kritik von Freien Nationalisten aus dem Spektrum um Christian Worch. Inzwischen geht die NPD wieder auf die Straße. Und handelt sich noch mehr Schelte ein. Am 1. September wollte die NPD in Weimar „Gegen den Krieg und die Kriegstreiber“ demonstrieren. Sprechen sollten neben den Chefs von NPD und JN, Udo Voigt und Sascha Roßmüller der österreichische Altnazi Herbert Schweiger („Wir Soldaten der deutschen Wehrmacht haben nichts zu bereuen“). Nicht weit von Weimar entfernt – in Leipzig – wollen am 1. September Christian Worch und Thomas Wulff, der schleswig-holsteinische NPD-Chef Peter Borchert, der als „Sprecher revolutionärer NPD-Kräfte“ firmierende Steffen Hupka sowie „zwei Angehörige der Erlebnissengeneration (ehemals Waffen-SS)“ das braune Publikum bei einem anderen Aufmarsch begeistern. Worum es ihnen dabei geht, verrät schon die Demo-Ankündigung: Den Krieg habe am 1. September 1939 nicht das Deutsche Reich begonnen.

Sie seien vor dem NPD-Vorstand auf die Idee gekommen, am 1. September zu demonstrieren, modern die Freien Nationalisten. In den NPD-Oberen scheinen sie ihren neuen Hauptfeind gefunden zu haben. Wulff, Hupka und Worch klagen, die Anmeldung der Weimarer Demo sei „der eindeutige Versuch des Parteivorstands, den Nationalen Widerstand zu spalten“. Damit nicht genug: Indirekt vermuten sie hinter der Anmeldung des NPD-Aufmarschs Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im thüringischen Landesvorstand der Partei. Die NPD hat sich jetzt kurzfristig entschlossen, die für Weimar angemeldete Demonstration zu verschieben. Das Tisch Tuch zwischen „Freien“ und NPD ist aber zerschnitten. Worch hofft darauf, das Erbe der Partei nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts antreten, zumindest viele der Kameraden übernehmen zu können, wenn die NPD verboten ist – was aus seiner Sicht kein Verlust wäre. Dass es aber noch eine dritte Gruppe zwischen den verhärteten Fronten gibt, die ein „Possenspiel“ beklagt, den „Selbstdarstellungstrieb“ der Protagonisten beider Seiten für die Misere verantwortlich macht, scheint nicht mehr wichtig. *T.S.*

Aktivitäten**Tarninitiative****Regionalstruktur des „Thüringer Heimatschutzes“ marschierte in Gotha**

Das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW) organisierte am Samstag den 28. Juli eine Demonstration mit dem Motto: „Gegen Sozialabbau und Globalisierung! Heimat statt Standort Deutschland“. Zu ihr versammelten sich in der Gothaer Innenstadt 200 größtenteils aus der Region kommende „Kameraden“. Hauptredner waren der Hamburger Führungskader Christian Worch und der Nürnberger Neonazi Gerd Ittner. Auf einer Gegendemonstration des Bündnis gegen Rechts Gotha und des Bündnisses Autonomer Thüringer Antifa Gruppen ATAG fanden sich 500 Menschen ein, weitere 250 nahmen an Kundgebungen des ATAG in Eisenach, Nordhausen und Erfurt teil. Durch vier Einsatzhundertschaften getrennt, gab es keine größeren Zusammenstöße.

Die Organisatorin der braunen Demonstration – das NSAW – ist eine Untersektion des „Thüringer Heimatschutzes“ und die einzige regionale Struktur der Neonazis in Westthüringen. In dem im Juni 1999 gegründeten NSAW sind momentan 11 Kameradschaften, unter anderem der „Nationale Widerstand Rennsteig“, die „Junge Kameradschaft Breitungen“ und der „Skinhead Club Friedrichroda“ zusammengeschlossen.

Treibende Kraft im NSAW ist die „Kameradschaft Eisenach“ um den Kader Patrick Wischke. Sie unterstützt den Strukturaufbau der anderen Gruppen durch interne Schulungen, leistet den Großteil der logistischen Arbeit bei gemeinsamen Veranstaltungen und hostet die Homepage des Bündnisses. Zur bundesweiten Neonaziszene haben die Kameradschaft Eisenach und das NSAW mit der Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen – wie am 1. Mai 2001 in Frankfurt/Main – und mit Gastrednern wie Friedhelm Busse, Manfred Roeder und eben Worch bei ihren Kundgebungen guten Kontakt. In der Region ist das NSAW nach einer gescheiterten „Nationalen Offensive 2000“ dazu übergegangen, seine Positionen durch Tarnstrukturen wie der „Bürgerinitiative gegen Sozialabbau“ zu verankern. Mit dieser Strategie gelang sogar die Anerkennung als Diskussionspartnerin bei einer Veranstaltung des Gothaer „Bündnis gegen Rechts“ am 3. Juli.

Richard Linde

Aktivitäten**Solidarität mit Lauck****„Um Deutschland verdient gemacht“**

Über diverse neonazistische Mailinglisten sowie Internetseiten wird derzeit für den 8. September zu einer „Solidaritätsdemonstration für Gerhard Lauck“ in der Kölner Innenstadt aufgerufen. Lauck drohe in den USA eine fünfjährige Freiheitsstrafe, weil er „seine widerrechtliche Verurteilung durch die brd“ nicht als rechtmäßig anerkenne. „Kamerad Gerhard Lauck unterstützt seit annähernd 30 Jahren den nationalen Widerstand in Deutschland“, heißt es in dem Aufruf einer „Bürgeraktion gegen Gewalt und Intoleranz“ und der „Kameradschaft Paul Hausser“ aus Hamm. „Kamerad Lauck hat sich um Deutschland verdient gemacht!“, wird betont. Bereits mehrfach wurden in Köln im Namen dieser „Bürgeraktion“ und mit denselben Kontakttelefonnummern Demonstrationen angemeldet.

Anmelder war jeweils Paul Breuer, NPD-Mitglied und Kölner Aktivist des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS). Bei dem 1999 gegründeten KDS handelt es sich um eine neonazistische Splittergruppe um den ehemaligen Kühnen-Vasallen Thomas Brehl (Fulda), den Ex-SEDler Michael Koth (Berlin) und dem Duisburger Michael Thiel, früher Chef der verbotenen Deutschen Alternative (DA). Der „Gau Rheinland“ des KDS ist nach offizieller Lesart „weitgehend personenidentisch“ mit der 1998 gegründeten „Freien Kameradschaft Walter Spangenberg“, die auch als „Freie Kameradschaft Köln“ agiert und die von Paul Breuer, seinem Bruder Thomas und dem „KDS-Gausekretär Rheinland“ Axel Reitz aus Bergheim geführt werden. Beim 1999 erfolgten Beitritt der Kameradschaft Köln zum KDS erklärte der damals 16-jährige Reitz im Bezug auf politische Gegner unter anderem: „Denen wird irgendwann der Kopf abgeschlagen werden. ... Ja, die werden auf den Marktplatz gestellt und werden erschossen für das was sie getan haben. In diesem Sinne Sieg Heil“.

Bislang noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten ist die „Kameradschaft Paul Hausser“, benannt nach dem ehemaligen Waffen-SS-General und Mitbegründer der Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit der Waffen-SS (HIAG). Hausser verstarb im Jahr 1972 – dem Gründungsjahr von Laucks NSDAP-AO.

Rudolf Kleinschmidt

Grauzone**Die Saubermänner**

Die Partei des Richters Ronald Schill steht vor dem Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft. Der Rechtspopulist punktet mit dem Thema Innere Sicherheit.

Ronald Barnabas Schill ist der Shooting-Star im Hamburger Wahlkampf. Seitdem der umstrittene Jurist den Richterstuhl mit dem Politiker-Sessel getauscht hat, sorgt der Befürworter der Todesstrafe nicht mit drakonisch harten Urteilen, sondern mit politischen Parolen für reichlich Gesprächsstoff.

„Mit Sicherheit Schill“. Wenn der smarte, 1,93 Meter große dunkelhaarige Hüne mit den leicht angegrauten Schläfen unter dem Wahlmotto seiner Partei zum „Vortrag mit Diskussion“ lädt, platzen die Säle aus allen Nähten. Im Hamburger Arbeiterstadtteil Horn ist das nicht anders. Dort hat die Schill-Partei den großen Konferenzraum des „Astron Hotel“ gemietet. Auch dieses Mal sind 300 Sitzplätze zuwenig. Knapp 100 Interessierte, von Sicherheitskräften in Schach gehalten, drängeln sich in den Gängen. Schills Zuhörerrekord liegt bei 1500. Das Auditorium setzt sich heute aus adrett gekleideten Mittelstandsbürgern zusammen, unter ihnen auffallend viele Frauen. Die meisten von ihnen sind zwischen 40 und 60 Jahre alt.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Mario Mettbach sich in einem Nebensatz von den extremistischen Rechtsauslegern DVU, NPD und Republikanern abgegrenzt und selbstbewusst das Wahlziel „15 Prozent“ verkündet hat, schreitet der von zwei Bodyguards flankierte Parteivorsitzende gemessenen Schrittes zum Rednerpult. Der Hoffnungsträger, der einer schweigenden Mehrheit seine sonore Stimme verleihen will, verkündet zu Beginn, einen gnadenlosen „Feldzug gegen Filz, Parteibuchwirtschaft und Unfähigkeit“ führen zu wollen. „Hamburg soll so sicher werden wie München und Stuttgart.“ Schöner sei die Hansestadt schon heute, behauptet er. Warme Worte, die ankommen.

Es dauert keine zwei Minuten, dann widmet sich der Richter außer Diensten seinem Lieblingsthema. Und das heißt Innere Sicherheit, von der auch die Hälfte des Wahlprogramms handelt. „Hamburg hat die größte Drogenszene: Koks, Heroin, Crack“, wettet der geübte Redner und setzt einen drauf:

„Drogenhandel wird weniger schwer bestraft als Schwarzfahren.“ Zudem sei die Hansestadt führend in Raub, meist handele es sich um ausländische Straftäter. Platzverweise gegen Dealer bezeichnet Schill als „stumpfes Schwert“, das höchstens das „Fixerjogging“ fördere. Wirksamer sei der Einsatz von Brechmitteln, der die von den Drogenhändlern verschluckten Kügelchen als Beweismaterial sicherzustellen helfe. Das alles erzählt Schill seit Monaten – nicht ohne Folgen, wie sich jetzt zeigt. Der erste Einsatz des Gebräus aus der mexikanischen Ipecacuanha-Wurzel steht unmittelbar bevor – angeordnet vom neuen Innensenator Olaf Scholz. Der Hamburger Sozialdemokrat hat, einige Monate nach der CDU und wenige Wochen vor der Wahl, ebenfalls das Thema Innere Sicherheit entdeckt.

Trotz des veränderten politischen Kurses der Innenbehörde führt Schill seinen verbalen Feldzug gegen Kriminalität unbeirrt weiter. Der eloquente Redner spricht in Versammlungen das aus, was nicht wenige enttäuschte Wähler in den heimischen Wohnstuben und an den Stammtischen erregt. Der Parteigründer wirft der Justiz einen zu rücksichtsvollen Umgang mit Drogenhändlern vor, fordert härtere Maßnahmen gegen kriminelle Ausländer, noch mehr Polizisten und plädiert für geschlossene Heime für minderjährige Mehrfachstraftäter. Er kündigt „Abziehdelikten“, dem „Organisierten Verbrechen“, den „Paten“ des Heroinhandels („Ist in der Hand von vier kurdischen Großfamilien“) den Kampf an.

Und weiter im Thema: „Hamburg hat ein Herz für Verbrecher.“ Über der Elbmetropole schwebt „bleihaltige Luft“. Mit Aussagen dieser Güte bringt der Jurist seine „Law-and-order“-Position medienwirksam auf den Punkt. In Interviews spricht er von Missständen im Justizapparat und wirft einigen Schwurgerichtskammern vor, Fälle „lebensfremd“ zu bewerten. Das lasche Aburteilen der Delinquenten hätte zur Folge, behauptet Schill, „dass in der Bevölkerung während der letzten 20 Jahre der Eindruck entstanden ist, dass es für einen Mord keine hohe Freiheitsstrafe mehr gibt“. Die ausgesprochenen Strafen seien eine „himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber dem Leid der Opfer“. Schuld an dieser Fehlentwicklung tragen, meint er, die 68er: „Die finden Strafen unmenschlich.“ Die antiautoritär geprägte Generation halte die Hebel der Macht – leider, leider – fest in den Händen: als Lehrer, Strafrechtler, Medienvertreter, Bürgermeister oder Psychologen. „Mörder bekommen keine Strafe, weil sie als Kind vom Nachttopf gefallen

sind.“ Anekdoten dieser Güteklasse will sein Publikum hören. Es spendet zum Dank Beifall.

In Hamburg-Horn ist man unter sich. Das ist nicht überall so. Bei Veranstaltungen in den Stadtteilen Langenhorn hatten sich Demonstranten in das Auditorium eingeschlichen. Papierschnipsel flogen durch die Luft, die Störer johlten und applaudierten heftig. Zuviel des Protestes für Schill, der die jugendlichen Unruhestifter als „gewalttätiges Pack“ und „linke Chaoten“ beschimpfte und der auf Deeskalation setzenden Polizei unterstellte, auf Geheiß des Innensenators den Störungen Vorschub zu leisten. In Langenhorn sorgten die PRO-Ordnertuppe eigenhändig für Ruhe, indem sie Schüler verprügelte. Ein Ordner schlug einem 15-jährigen Mädchen dabei so heftig in den Bauch, dass es einen Schock erlitt. Ein Arzt diagnostizierte ein „handtellergroßes Hämatom in der Bauchgegend und multiple Schürfwunden“. Schills Kommentar: „Märchenstunde!“

Dass Schill ein Überraschungserfolg – wie vor acht Jahren der Statt-Partei – gelingen könnte, zeigt eine aktuelle Umfrage. Infratest dimap taxiert den PRO-Stimmenanteil auf zehn Prozent. Viele Stimmen dürften aus dem rechtsextremen Lager in Richtung Schill wandern. Republikaner und DVU müssten sich mit drei Prozent bescheiden.

Der Aufstieg der Schill-Partei am Umfragehimmel verschreckt besonders die CDU. „Aus dieser Partei wird nichts. Schaum vorm Mund kann Substanz nicht ersetzen“, hatte der christdemokratische Oppositionsführer Ole von Beust vor genau einem Jahr gehöhnt. Heute spuckt er andere Töne und bringt den Rechtspopulisten sogar als kommenden Innen- oder Justizsenator ins Gespräch: „Wenn es zu einer Koalition kommen sollte, dann ist das vorstellbar.“ Über die Wandlung des Kandidaten auf den Bürgermeisterposten sind nicht wenige Parteikollegen entsetzt. Die große alte Dame der CDU, Rena Vahlefeld, schüttelt sich: „Man darf nicht mit einem Populisten koalieren. Schill als Innensenator wäre eine Katastrophe.“ Auch die CDU-Abgeordnete Karen Koop empfindet bei Schill „große Bauchschmerzen“. Demagogen wie er seien zwar „nützlich für Umstürze, aber untauglich für politische Sacharbeit“. Trotzdem gilt als sicher: Wenn CDU, FDP und Schill am 23. September mehr Stimmen bekommen als SPD und Grüne, wird der beurlaubte Richter mit einem Senatorenposten belohnt werden. Zurzeit steht es im Kopf-an-Kopf-Rennen 46 zu 47 Prozent für die Opposition.

Zum Leidwesen seiner Anhänger ist Saubermann Schill selbst ein Fall für die Justiz. So verurteilte ihn ein Gericht im Oktober wegen „Rechtsbeugung“ zu einer Geldstrafe von 12 000 Mark. Das Hamburger Landgericht sah es im Oktober vergangenen Jahres als erwiesen an, dass Schill die Beschwerde zweier in Ordnungshaft genommener Männer bewusst verschleppt hatte. Das Urteil des Bundesgerichtshofes wird in Kürze erwartet. Auch einige seiner Mitstreiter haben keine weiße Weste. Vorstand Franz-Joseph Underberg trat erst zurück und später aus, als ruchbar wurde, dass der 58-Jährige zu einer Geldstrafe in Höhe von 31 000 Mark verurteilt worden war: Der Urenkel des Magenbitter-Fabrikanten hatte versucht, Kampfhubschrauber in den Irak zu verkaufen. Und PRO-Presesprecher Rainer Koppke war 1990 wegen „fortgesetzter Untreue“ zu acht Monaten Haft auf Bewährung verknackt worden.

„Als Innensenator eine Katastrophe“

Schill macht auch vor einem Tabu keinen Halt: Als er 1997 für ganz schwere Fälle wie „bestialische Tötungsdelikte“ und Auftragsmorde durch „ausländische Killer“ sogar die durch das Grundgesetz abgeschaffte Todesstrafe ins Gespräch brachte, war auch für den damaligen Hamburger Justizsenator und heutigen Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem das Maß voll. Er zeigte sich „ratlos, wenn ein Richter die Todesstrafe herbeireden will, dessen Dienstzimmer nur einen Steinwurf entfernt von dem Ort steht, an die Guillotine zur Nazizeit ihre tödliche Tagesarbeit verrichtete“.

Am Ende seiner gut einstudierten, frei gehaltenen Rede drängt die Lichtgestalt der Rechts-Konservativen seine Anhänger, den 7000 Hamburger Wahlhelfern „über die Schulter zu schauen“. Seine Verschwörungstheorie: „Wir müssen befürchten, dass bei der Auszählung manipuliert wird.“ Mit dem gleichen Argument hatte die DVU vor vier Jahren die Wahl angefochten, weil sie wegen angeblicher Fälschungen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert zu sein glaubte. Auch Schill spielt auf dieser Klaviatur: „Die DVU lag bei ersten Hochrechnungen bei 5,3 Prozent.“ Landeswahlleiter Dirk Reimers bezeichnet Schills Ausführungen als „unglaubliche Unterstellung“. Zum Lachen ist immerhin Schills Schlusswort, mit dem er seine Zuhörer nach knapp zwei Stunden verabschiedet: „Machen Sie mit und lassen Sie sich auf dem Heimweg nicht überfallen!“ *Volker Stahl*

Demokratische Initiativen**„Zwei Jahrtausende“****Jüdisches Museum öffnet seine Pforten**

An Museen ist Deutschland gewiss nicht arm. Eine Neueröffnung, die weltweite Beachtung findet, muss schon etwas Außerordentliches bieten. Beim Jüdischen Museum Berlin, das im September seine Pforten auftut, trifft das in mehr als einer Hinsicht zu. Museumsdirektor Michael Blumenthal spricht von einer „aufregenden und wichtigen neuen Institution, die über traditionelle Museumsaufgaben hinaus auch ein Bildungs- und Forschungsprogramm und Veranstaltungen anbietet“ und einen herausragenden Platz im Berlin von heute und morgen einnehmen wird. Nicht zufällig hat die Regierung Schröder das Museum, das den programmatischen Untertitel „Zwei Jahrtausende Deutsch-Jüdische Geschichte“ erhielt, zur Bundeseinrichtung gemacht. Welche Bedeutung Blumenthal seiner Aufgabe beimisst, hat er am knappsten in einem Interview formuliert: „Sehen Sie, ich war der 64. Finanzminister der Vereinigten Staaten. Da ist man bestenfalls eine Fußnote der Geschichte. Aber das hier - das wird bleiben!“

Wohl kaum ein Museum hat schon vor seiner Eröffnung einen vergleichbaren Siegeszug angetreten. Es verdankt ihn seinem Architekten Daniel Libeskind. Fast 350 000 Gäste besuchten das noch leere Haus um seiner ungewöhnlichen, symbolträchtigen Architektur willen. Auch zur Einweihungswoche im September zeichnet sich jetzt schon Riesenandrang ab. Pressechefin Eva Södermann führt das neben dem ungebrochenen Interesse für das Libeskind-Werk vor allem auf die Spannung zurück, mit der man der inhaltlichen Ausgestaltung entgegensieht. „Die Leute sind neugierig auf ein Museum, von dem sie gehört haben, dass es die ganze deutsch-jüdische Geschichte und nicht allein den Holocaust darstellen wird“, schlussfolgert sie aus vielen Gesprächen. „Während sie glauben, ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt, über die Zeit des Holocaust eine ganze Menge zu wissen, fühlen sie sich über das jüdische Leben in Deutschland vor 1933 und in der Gegenwart sehr schlecht informiert. Sie möchten auch mehr über jüdische Tradition und Religion aufgeklärt werden.“

Das ist bei der Gestaltung der 3 000 Quadratmeter umfassenden Dauerausstellung berücksichtigt wor-

den, die in 13 Segmente untergliedert wurde. Es beginnt mit der ausgehenden Römerzeit. Das älteste Dokument verweist auf das Jahr 321. Kaiser Konstantin erwähnt darin erste jüdische Ansiedlungen im Kölner Raum. Über das Mittelalter und die Entstehung des modernen Judentums in der bürgerlichen Gesellschaft kommt man zum millionenfachen Judenmord im Nazireich mit all seinen verherrenden Folgen. Die Neugründung Jüdischer Gemeinden nach dem Kriege, ihre unterschiedliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten, die jüdische Zuwanderung aus Russland und das heutige Leben der Juden in Deutschland beschließen die historische Wanderung. Eindrucksvoll sind Porträts deutsch-jüdischer Persönlichkeiten, an denen deutlich wird, was Deutschland den Leistungen und Taten, Erfindungen und Erkenntnissen seiner jüdischen Wissenschaftler, Politiker, Ärzte, Industriellen, Künstler und Schriftsteller verdankt, dass sie aus der deutschen Geschichte nicht wegzudenken sind. Ergreifende jüdische Familienschicksale erzählen Ausstellungsstücke aus dem Privatbesitz zahlreicher Stifter und Leihgeber.

Ein Museum im 21. Jahrhundert hat ein anderes Publikum als die ehrwürdigen Dokumentensammlungen der Vorcomputerzeit. Die Ausstellungsmacher beziehen das Publikum ein. Der Besucher kann sich an Computer setzen und wird gefragt: Finden Sie, dass Deutschland heute schon ein multikulturelles Land ist? Könnten Sie sich vorstellen, dass ein Jude Bundespräsident wird? Seine Antworten erscheinen auf einer großen Leuchttafel. Das Risiko von Provokationen nimmt man in Kauf.

„Ein traditionelles Museum sind wir wirklich nicht“, versichert Pressesprecherin Södermann. „Wir sehen unsere Aufgabe viel umfassender. Wir werden Veranstaltungsort für Lesungen und Diskussionen sein, ein echtes Forum deutsch-jüdischer Kultur und Geschichte.“ Der Weg war lang. Vor 63 Jahren schloss die Gestapo das Jüdische Museum in der Oranienburger Straße und beschlagnahmte seine Bestände. Vor 56 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Vor 12 Jahren reichte Libeskind seinen Entwurf für den Architekturwettbewerb ein. „In dieser Zeit ist ein großes Vakuum entstanden, das gefüllt werden muss. Die Menschen wollen wissen, was war und was für immer verloren ging, was blieb, was wiederkam, was heute präsent ist.“

Ralf Bachmann

Jüdisches Museum Berlin, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin. Öffnungszeiten ab 12. September täglich von 10-20 Uhr (außer an den Jüdischen Feiertagen)

Seitenblick**Abgeschmackt****Eine falsche Kampagne für das Denkmal**

Nahostkorrespondenten berichten in diesen Tagen von zunehmenden Hetzaktionen gegen Israel. Im Mittelpunkt zahlreicher Kampagnen stehe die Behauptung, die man nun auch im Zentrum Berlins bewundern kann: „den Holocaust hat es nie gegeben“. Im Nahen Osten steckt dahinter die Absicht, den Staat Israel vom Tag seiner Gründung an als Lügengebilde zu diffamieren. Denn der Holocaust war der Hauptgrund für die Teilung Palästinas, um den überlebenden europäischen Juden einen eigenen Staat zu geben.

Das Plakat in Berlin misst immerhin 30 mal 15 Meter. Mittendrin in riesigen Lettern der zitierte Satz. Darunter in geradezu winziger Schrift: „Es gibt immer noch viele, die das behaupten. In 20 Jahren könnten es noch mehr sein. Spenden Sie deshalb für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Wer die darunter stehende Telefonnummer wählt, erfährt von einer weiblichen Stimme, sein Telefonkonto werde mit fünf Mark belastet, wenn er nach dem folgenden Piepton nicht auflege. Hinter der Aktion steht der Förderverein für das genannte Denkmal mit Lea Rosh an der Spitze. Ihm zu unterstellen, er sei gegen das Mahnmal, wäre ebenso absurd wie die Behauptung, die da provozierend aufgestellt wird: den Holocaust hat es nie gegeben. Spenden für das wichtige Denkmal zu sammeln, ist allemal zu begrüßen und verdient die volle Unterstützung aller Gutwilligen. Mittlerweile gerät der Förderverein wegen der Spendenkampagne aber zunehmend unter Druck. Die übergeordnete Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist auf Distanz gegangen. „Das Kuratorium der Stiftung war nicht in die Planung mit einbezogen“, sagt Geschäftsführerin Sybille Quack.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit wird mit dem Satz zitiert, wer heute Aufmerksamkeit erregen wolle, der müsse provozieren. Das mag für die Politik und andere Bereiche gelten, aber es gibt Ausnahmen. Der Holocaust gehört ohne Wenn und Aber zu diesen Ausnahmen. Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, betont, wenn man ihn rechtzeitig gefragt hätte, „hätte ich abgeraten, denn eine Provokation kann auch überzogen werden“.

Ehe kürzlich in der rheinischen Stadt Stolberg bei Aachen ein Mahnmal für die NS-Opfer enthüllt wurde, legte Paul Spiegel Einspruch ein. Auf einem steinernen Sockel stand ein bis zur Abstraktion verzerrtes Hakenkreuz – das Symbol des NS-Schreckens schlechthin. Spiegel sagte, bei Überlebenden löse dies Zeichen Angst und Schrecken aus. Mit dem Bürgermeister Hans-Josef Siebertz (CDU) hat man sich darauf verständigt, dass die Skulptur „überarbeitet“ werden soll.

Wie aber werden besonders ausländische Gäste reagieren, die in die neue Hauptstadt kommen, darf jetzt ja wohl gefragt werden. Und wer hindert Holocaust-Leugner, den Spruch in Anführungszeichen zu setzen und zu zitieren? Derjenige Richter muss erst noch gefunden werden, der solchen Leuten eine Straftat nachweist. Wenn dann noch der Standort „Berlin-Mitte“ im Schatten von Bundestag und Kanzleramt genannt wird – man mag sich die Folgen gar nicht ausmalen. Genau das muss man aber. Oft ist in diesem Kontext der Strickwarenhersteller Benetton im Vergleich herangezogen worden. Seine Werbeplakate und -anzeigen mit der ölverschmierten Ente aus den Tagen des Golfkrieges, dem an Aids sterbenden Mann und Todeskandidaten aus US-Gefängnissen haben gewaltige Aufmerksamkeit erregt. Dennoch musste am Ende Oliviero Toscani seinen Hut nehmen.

Das ist Lea Rosh nicht zu wünschen. Ohne sie wäre das Mahnmal vermutlich nicht beschlossene Sache. Unermüdlich hat sie dafür gekämpft und schließlich Erfolg gehabt. Auch dass sie jetzt nicht Ruhe gibt, sondern weiter für die Finanzierung des Mahnmals wirbt, ist okay. Ihrem Argument, „Dieses Denkmal soll und darf nicht zu einer reinen Staatsaktion werden!“ ist gleichfalls zuzustimmen. Sie will, dass neben den 50 Millionen Mark aus der Bundeskasse möglichst viele Spenden aus der Bevölkerung in den Bau fließen. Alles richtig, aber nicht mit diesem missverständlichen Text. Der Berliner Antisemitismusforscher Wolfgang Wippermann hat Recht, wenn er sagt: „Der Hintergrund ist zu ernst, als dass man einen simplen Medientag daraus machen sollte.“ Das gilt im Übrigen auch für die erwähnte Telefonnummer. Sie erinnert an eindeutige Kontaktmöglichkeiten für einsame Leute. Die moderne Telekommunikationstechnik macht immer mehr möglich. Ob man sich ihrer immer bedienen sollte, ist die Frage. Beim Holocaust ist die Grenze überschritten. Diese abgeschmackte Kampagne sollte eingestellt werden – besser heute als morgen.

Heiner Lichtenstein

Seitenblick**Zahlenspielerereien**

Die vom Brandenburger Innenministerium verkündeten Zahlen zur rechten Kriminalität entsprechen offenkundig nicht der Realität. Statt der am 25. Juli bekannt gegebenen 195 Straftaten, die im ersten Halbjahr verübt worden sein sollen, sind von den Sicherheitsbehörden bereits rund 700 Delikte registriert worden. Die hohe Zahl ist vor allem auf eine verbesserte Erfassung von Propagandadelikten zurückzuführen. Diese haben damit in der Gesamtstatistik deutlich zugenommen – Staatssekretär Eike Lancelle verkündete aber einen Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 von 65 auf 59. Ministeriumssprecher Heiko Homburg erklärte auf Anfrage, Lancelle habe sich bei der Gesamtzahl von 195 rechten Straftaten auf die alte Zählweise der Polizei bezogen. Diese war an einen engen Extremismusbegriff gebunden, demzufolge eine Straftat nur dann als „rechts“ anerkannt werden konnte, wenn sich ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung erkennen ließ. Viele Attacken von Neonazis und Skinheads, beispielsweise auf Obdachlose, fielen durch dieses Raster. Die Innenminister des Bundes und der Länder haben deshalb die alte Zählweise auf ihrer Konferenz Anfang Mai in Schierke (Sachsen-Anhalt) durch eine neue ersetzt.

Unter dem weiter gefassten Begriff „politisch motivierte Kriminalität“ können nun deutlich mehr rechte Straftaten den Umtrieben der rechten Szene zugeordnet werden. Damit ergibt sich nach Auffassung vieler Sicherheitsexperten erst ein realistisches Bild der Dimension der rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Kriminalität in Deutschland.

Am 5. Juli wurde vom Potsdamer Innenministerium nicht nur – nach neuer Zählweise – die Zahl von 43 rechten Gewaltdelikten genannt, sondern auch der Vergleichswert. Nach alter Zählweise hätten Neonazis und Skinheads 39 Gewalttaten verübt. Lancelle sprach am 25. Juli aber von nur 26. Warum aber Anfang Juli nicht nur die Zahl nach neuer Zählweise, sondern auch die nach der alten erprobten Praxis falsch war, bleibt offen.

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) wehrt sich gegen den Verdacht, seine Behörde stelle das Ausmaß der rechten Kriminalität falsch dar. Auf einer Pressekonferenz in Potsdam sagte er: „Wer glaubt, wir wollten die Zahlen schönreden, lebt im Fantasialand“. *Frank Jansen*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., 7-8/2001:

Leitthema ist die Aussicht der PDS, in Berlin mitregieren zu können („Auferstanden aus Ruinen“), das mit den bekannten Kommentaren begleitet wird: die Bundesrepublik sei auf dem Weg „zur DDR-light“ philosophiert „ein Mitteldeutscher“. „Während Schröder und Müntefering klammheimlich das rot-rot-grüne Volksfrontbündnis vorbereiteten“, so Harald Neubauer, „ließen sich Merkel, Stoiber & Co auf die anti-rechte Leimruhte locken“. Als weiterer Schwerpunkt steht die Agitation gegen die EU (die „EU-Wahnsinnigen“ von Karl Richter) wegen der Absicht, den Nationalstaat abzuschaffen, wobei die britische Anti-Europa-Bewegung als stützendes Argument verwendet wird. Die Pläne zum Ausstieg aus der Kernenergie werden mit Blick auf den dem Abbau von CO₂-Ausstoß dienenden Bau von Kernkraftwerken weltweit attackiert (dass die geistesverwandte FPÖ zeitgleich eine Volksabstimmung gegen das tschechische Kernkraftwerk Temelin organisiert, ist in Coburg nicht angekommen); polemisiert wird gegen den Umweltminister. Den USA wirft man vor, die Erschöpfung der eigenen Erdölquellen sei Hintergrund einer Politik des Zugriffs auf Ölquellen weltweit (beginnend im Irak). Breiten Raum nimmt auch diesmal wieder antijüdische Polemik ein. Hier präsentiert sich als neuer Autor Klaus Prechelt. Aus Anlass der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Michel Friedman sind Briefe von Bürgern, die dem Bundespräsidenten ihr Verdienstkreuz zurückgeben, abgedruckt. Franz Schönhuber nimmt sich – ohne neue Argumente – der Zuwanderungsdebatte an. Unter den Personalien ist der Austritt des ehemaligen Mitglieds der Weißen Rose Hans Hirzel bei den Republikanern zu erwähnen. Schuld daran sei die Parteiführung Schlierers (dafür hat Hirzel lange gebraucht). Dem im Alter von 90 Jahren verstorbenen Kurt Ziesel („wortgewaltiger Streiter der konservativ-patriotischen Szene“) wird der mit dem Beitritt zur Union unternommene Versuch vorgehalten, seine braune Vergangenheit zu leugnen: „Weil solche Moral nicht funktioniert, bleibt auch von ... Ziesel... letztlich weniger nach, als es sein schriftstellerisches Talent verdient hätte“. Das Bekenntnis des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit zu seiner Homosexualität benutzt man zur Vorurteilspflege – sonst hätte ja auch etwas gefehlt. *(khr)*

Am Rande**Politische Unschuld****Zum 99. Geburtstag von Leni Riefenstahl**

99 Jahre und immer noch munter! 1945, nach der Niederlage Hitlerdeutschlands, war die Filmschauspielerin und Regisseurin eine gebrochene Frau. Ihr Lebenswerk lag in Trümmern. Ihr Name war zu sehr an die Figur Hitlers gebunden, als dass sie einfach hätte weitermachen können.

Aber die Riefenstahl hielt durch. Sie macht bis heute als Fotografin und Autorin von sich reden. Und wie zur Hitlerzeit bewundert sie die Rechte. Ob „Blood&Honour“, die „Junge Freiheit“, die „National-Zeitung“ oder der Nation-Europa-Verlag, die rechtsextreme Publizistik lobt und interviewt sie. „Criticon“ bietet ein eigenhändig signiertes Riefenstahl-Plakat an. Der VAWS-Versand vertreibt eine Doppel-CD Riefenstahl, und der völkische Barde Josef Klumb blendet riefenstahlsche Filmsequenzen in seine Produkte ein. Die Riefenstahl lässt sich dabei nicht lumpen. Sie schrieb für die „Junge Freiheit“ ein paar Zeilen.

Leni Riefenstahl heuchelt die politisch Unschuldige. Sie hat ihre Biographie kräftig retuschiert. Ihre „Memoiren“ (Leni Riefenstahl: Memoiren, München 1987 und Köln 2000) enthalten an entscheidenden Stellen all die Ausflüchte und blinde Flecken, mit denen Hitlers Generäle und politischen Gefolgsleute nach 1945 ihre Lebenserinnerungen frisiert haben. Ohne diesen Privat-Revisionismus würde der systematische Geschichtsrevisionismus der Auschwitzleugner in der Luft hängen. Riefenstahls selbstinszenierte politische Unschuld ist ihr letzter Dienst an Hitler.

F.P.H.

Hinweis

Papenburg - Im Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager wird vom 1. September bis 22. Oktober 2001 die Sonderausstellung „Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945“ gezeigt. Im Mittelpunkt der Dokumentation steht das Schicksal der sowjetischen Soldaten, die von der Front in die „Russenslager“ Bergen-Belsen, Falingbostel-Oerbke und Wietzenhof verfrachtet wurden. Etwa 150 000 Deportierte sind in Niedersachsen begraben, die meisten waren Kriegsgefangene. Info: Tel. 40961-916306, Fax -9163808; mail@diz-emslandlager.de; http: www.diz-emslandlager.de

Bücherschau**Verschenkter Titel**

Nicht immer, wenn ein Autor einen griffigen Titel findet, kommt zwingend auch ein gutes Buch heraus. „Frauen unterm Hakenkreuz“ des Journalisten und Historikers Wolfgang Schneider ist ein Beleg dafür. Abgesehen von einer reichhaltigen Sammlung an Original-(Nazi-)Dokumenten hat der Band wenig zu bieten, doch selbst bei der Quellenauswahl bleibt oftmals offen, welchen Zusammenhang Dokument und Thema haben.

Was etwa hat eine Statistik über den Pro-Kopf-Verbrauch von Lebensmitteln in Deutschland zwischen 1932 und 1939 mit der spezifischen Frauenrolle während der Nazi-Jahre zu tun? Welchem tieferen Erkenntnisinteresse dient die auszugsweise Wiedergabe des „Gesetz über die Hitlerjugend“? Was der Brief „des kleinen Ralph Müller an den ‚lieben, lieben Führer‘“ oder ein Aufruf Görings zur Metallsammlung in einem Buch über Frauen unterm Hakenkreuz zu suchen hat, weiß mit Sicherheit auch nur der Autor. Was bleibt, sind Allerweltserkenntnisse, dass die NS-Ideologie den Frauen allein die Rolle am heimischen Herd und vor allem an der Kinderwiege, nicht aber am außerhäusigen Arbeitsplatz zugeordnet hatte. Dass der Wunsch nach kinderreichen Familien im NS-Staat intensiv mit der Rassenideologie gepaart war, kann Schneider auch nicht als neue Erkenntnis angerechnet werden.

Es macht die Lektüre nicht erfreulicher, dass der Autor streng chronologisch jeder Phase der Nazi-Zeit ein Kapitel widmet, nach dem Muster: Frauen in der Vorkriegszeit, Frauen in der Anfangszeit des Krieges, Frauen (und Männer) im Konzentrationslager, Frauen in der mittleren und in der letzten Phase des Krieges.

So entsteht am Ende der unbefriedigende Eindruck, nichts wirklich Neues über Frauen im Nationalsozialismus gelesen zu haben. Es fehlt an Systematik des vorhandenen Materials, an mutiger Interpretation des Zitierten, vor allem aber fehlt es an Rückgriff auf die vielen vorhandenen historischen Abhandlungen über den Nationalsozialismus, die sich ja zumindest implizit mit der damaligen Frauenrolle befassen. Schade, dass der Buchtitel für ein derart unausgegorenes Werk vergeben werden musste. „Frauen unterm Hakenkreuz“ - ein Buch, das noch zu schreiben wäre.

Gudrun Giese

Wolfgang Schneider, Frauen unterm Hakenkreuz, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2001, 239 S.

Demokratische Initiativen**Ringen mit der Nacht**

Der schizophrene Künstler Jakob van Hoddis wurde von den Nazis ermordet. In Berlin ist ihm eine Ausstellung gewidmet, zu er auch ein Begleitband erschienen ist.

„Weltende“, ein Gedicht von acht Zeilen, das am 11. Januar 1911 in der Wochenzeitung „Der Demokrat“ veröffentlicht wurde, machte seinen Verfasser, den 1887 in Berlin geborenen Hans Davidsohn, der aus seinem Namen das Anagramm Jakob van Hoddis bildete, bei der jungen expressionistischen Generation auf einen Schlag berühmt. Die lakonische, unterkühlte Sprache und die gewollte Unangemessenheit der Metaphern fanden rasch Nachahmer.

Im Nachhinein wurde das kleine Gedicht, in dem, so Peter Rühmkorf treffend, das Unheil ja „weniger vorausgesehen als exekutiert wird“, zwangsläufig als Vorahnung und Fanal des Kommenden interpretiert – ebenso wie die apokalyptischen Bilder von Ludwig Meidner, der mit van Hoddis befreundet war. Welchen Eindruck es auf Zeitgenossen wie Nachgeborene machte, ist – von Johannes R. Becher bis Robert Gernhardt – vielfältig bezeugt.

Soweit der literarische Aspekt, dessen einzelne Stationen in dem ausführlichen, großformatigen Begleitbuch zur Ausstellung im Berliner Centrum Judaicum (bis 31. August) souverän, mit klug gewählten Zitaten und hervorragenden Illustrationen, aufgeführt werden: Vortragsabende im „Neuen Club“, „Neopathetisches Cabaret“, Konkurrenz zu Georg Heym, Berliner und Münchner Bohème – es entsteht ein durchaus fesselndes und facettenreiches Zeitpanorama auf dem Hintergrund der – damals – Weltstadt Berlin.

Doch es geht um mehr. Denn dargestellt wird, eingebettet in eine fast repräsentativ zu nennende Familiengeschichte, deren einzelne Verästelungen nachgezeichnet werden, auch die persönliche Biographie des Autors Hans Davidsohn, der, so die Mutter Doris Davidsohn in ihrem unveröffentlichten autobiographischen Manuskript, aus „einer der guten jüdischen Familien“ stammt. Lebens-, Familien- und Zeitgeschichte, die vielfach und un-

trennbar miteinander verknüpft sind, werden also in ihrem Zusammenhang gezeigt und vermitteln so ein ungewöhnlich dichtes, detailgesättigtes und aufschlussreiches Bild. Die auf die Krankenakte gestützte Darstellung des Krankheitsverlaufs gibt zusätzlich Einblicke in die Psychiatriegeschichte.

Hans Davidsohn wird im Oktober 1912 zwangsweise in eine psychiatrische Klinik verbracht, aus der er jedoch wieder flieht. 1914/15 folgt ein weiterer Klinikaufenthalt, an den sich verschiedene Privatpflegestellen anschließen. 1927 wird er in Tübingen erneut eingewiesen (die Diagnose lautet „schizophrener Endzustand“) und im September 1933 in die Israelitischen Heilanstalten Bendorf-Sayn verlegt. Von dort wird er am 30. September 1942 gemeinsam mit 100 Patienten und Mitarbeitern der Anstalt in den Distrikt Lublin verschleppt und zwischen Anfang Mai und dem 6. Juni, vermutlich im Vernichtungslager Sobibor, ermordet.

Theo Meier-Ewert

Alle meine Pfade rangen mit der Nacht, Jakob van Hoddis, Hans Davidsohn (1887-1942), herausgegeben von Irene Stratenwerth und der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung, 256 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Frankfurt am Main und Basel: Stroemfeld Verlag, 256 Seiten, 40 Mark

Demokratische Initiativen**Das andere Bayern**

„Rechte Strukturen in Bayern. Eine Dokumentation für Oberbayern, Oberpfalz und Niederbayern“ ist der Titel einer rund 110 Seiten umfassenden Broschüre, die das Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben hat. Neben der Darstellung von rechtsextremen Parteien, Organisationen und Kleinstgruppierungen, praktischen Tipps über und gegen Rechtsextreme, Literaturempfehlungen zum Thema, beeindruckt die 15 Seiten starke Auflistung neonazistischer, antisemitischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Vorfälle in den Regierungsbezirken Niederbayern/Oberpfalz und Oberbayern für den Zeitraum 1994 bis 2000. Nicht zuletzt wollen die Autoren Andreas Angerstorfer und Annemarie Dengg aufzeigen, „dass auch vor unseren Haustüren rechte Umtriebe und Gewalttaten an der Tagesordnung sind.“ *A.M.*

Die Broschüre kann zum Einzelpreis von 5,-- DM plus Versandkostenanteil DM 3,- bestellt werden: bayernforum@fes.de; <http://www.bayernforum.de>

WETTBEWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-Extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.

Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155
Fax (0 30) 2 55 94 - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Bad Lauterberg** - Im Oktober findet in dem Harzort wiederum das Jahrestreffen des Traditionsverbands ehemaliger Schutz- und Überseetruppen statt. Zu den Referenten gehört auch der bekannte Rechtsextremist Claus Nordbruch, der Mitte der achtziger Jahre nach Südafrika ausgewandert war. Geschäftsführer des Vereins ist Hermann Mietz, ehemaliger Funktionär des Bund Heimattreuer Jugend. Zur Begrüßung haben sich auch offizielle Vertreter der Stadt angesagt.

■ **Berlin** - In dem bundesweit bekannten DDR-Opferverband Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. sind neben Unionspolitikern wie Rainer Eppelmann auch Vertreter der extremen Rechten zu Gange. So gehören dem Vorstand unter anderem Emil Schlee, Ex-Europaparlamentarier der Republikaner, und Horst Rudolf Übelacker, Vorsitzender des revanchistischen Witikobundes, Autor der rechtsextremen Zweimonatszeitschrift „Opposition“, an. Manfred Plöckinger, Vorsitzender der Vereinigung, tummelte sich einst bei der DVU und der NPD und ist im Verfassungsschutzbericht des Bundes 1973 namentlich erwähnt.

■ **Bonn** - Ein neuerlicher Wechsel hat sich in der Redaktion der Vierteljahrszeitschrift „Criticón“ vollzogen. Nachdem das neoliberale Blatt aus den eigenen Reihen in die Kritik geraten war, hat Herausgeber Gunnar Sohn, ein ehemaliger Funktionär des Bund Freier Bürger, den bisherigen alleinigen Redakteur Wolfram Zabel durch den neuen Chefredakteur Alexander Schmidt ersetzt. Der in Bonn studierende Schmidt ist bei den Unions-nahen Christdemokraten für das Leben sowie im RCDS aktiv und arbeitete im vergangenen Jahr als Praktikant bei der „Jungen Freiheit“. Neu als Ressortleiterinnen sind dabei Nina Fischer und Bärbel Goddon.

■ **Frankenthal** - Die beiden Pfälzer Skinheads Manuel Matthes (20) aus Otterstadt und Marco Göpferich (19) aus Lambsheim müssen sich erneut vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft hat die beiden rechten Schläger wegen gefährlicher Körperverletzung im Zusammenhang mit einer Hetzjagd gegen Linke in Speyer angeklagt. Ein junger Mann war damals erheblich verletzt worden. Göpferich war erst wenige Wochen vor der Attacke

nach einer mehrjährigen Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen worden. Er hatte unter anderem im Sommer 1998 mit anderen Skinheads eine türkische Familie in Weisenheim am Sand angegriffen. Matthes gehört ebenfalls zur rechten Schlägerszene in der Vorderpfalz. Obwohl er bereits rechtskräftig verurteilt war und die neuen Ermittlungen wegen der Hetzjagd schon liefen, wurde er im März zum Wehrdienst in die Klotzberg-Kaserne in Idar-Oberstein eingezogen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums kündigte kurz darauf an, man werde den Fall prüfen. Geändert hat sich bis heute nichts. Matthes wird noch immer an der Waffe ausgebildet.

■ **Frankfurt/Berlin** - Unter dem Motto „Gegen Globalisierung und Eurowahn“ rufen die „Freie Kameradschaft Frankfurt (Oder)“ und das „Bündnis Rechts Brandenburg“ am 15. September zu einer Demonstration nach Frankfurt (Oder) auf. Am 3. Oktober will das neonazistische Bündnis Rechts durch die „Reichshauptstadt“ Berlin marschieren, ganz nach der Parole „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“.

■ **Greifswald** - Der NPD-Kreisverband Greifswald ruft für den 1. September zu einer Demonstration „Gegen Krieg und militaristischen Größenwahn“ auf. Treffpunkt soll um 10.00 Uhr am Greifswalder Hauptbahnhof sein. Als Redner sind der NPD-Bundesvize und mecklenburg-vorpommersche Landesvorsitzende Hans-Günter Eisenecker, der Landesvize Maik Spiegelmacher, das NPD-Bundesvorstandsmitglied Doris Zutt und der Neonazi Axel Möller vorgesehen. Ein weiterer NPD-Aufmarsch zum 1. September in Weimar wurde nach einem Beschluss des thüringischen NPD-Landesvorstands jetzt kurzfristig verschoben (s. Seite 4).

■ **Kiel** - Horst Mahler war Hauptredner eines außerordentlichen Landesparteitages, den der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein am 7. Juli durchgeführt hat. Mahler referierte unter anderem über den Stand des Verbotsverfahrens und gab den Anwesenden Tipps zum Verhalten bei Hausdurchsuchungen. NPD-Landesvorsitzender Peter Borchert berichtete über sein Vorstrafenregister und stellte dann die Vertrauensfrage. Die rund 30 Delegierten sprachen Borchert auch das Vertrauen aus. Im NIT-Diskussionsforum beklagt ein Pseudonymus namens „Geestwolf“ im Nachhinein, dass nur wenige junge Mitglieder vor Ort waren und auch von den älteren Mitgliedern „gerade mal die Hälfte anwesend“ war.

■ **Magdeburg/Potdam** - Die Staatsanwaltschaft Potsdam will gegen den ehemaligen DVU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Sachsen-Anhalt, Helmut Wolf, einen Strafbefehl wegen Diebstahls beantragen. Beim Landtagspräsidenten in Magdeburg wurde der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Parlamentariers gestellt. Wolf, der heute der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP) angehört, wird vorgeworfen, im September 1999 in Potsdam gemeinsam mit DVU-Wahlkämpfern Plakate anderer Parteien abgehängt und mitgenommen zu haben.

■ **Neuß** - Karl Dimmig, wohnhaft in Neuß (Nordrhein-Westfalen), hat Bundespräsident Johannes Rau sein Bundesverdienstkreuz zurückgeschickt, das ihm 1992 verliehen worden war. Anlass ist die Ehrung des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedman, mit dem Verdienstkreuz. Dimmig, Leserbriefschreiber in der antisemitischen Hetzschrift „Phonenix“ und in der „Jungen Freiheit“, ist Unterzeichner des rassistischen „Aufrufs an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung – Der Völkermord am deutschen Volk“. Dokumentiert ist das Dimmig-Schreiben in der Sommerausgabe von „Nation&Europa“.

■ **Nürnberg** - Die Kriminalpolizei hat in zwei Wohnungen im Großraum Nürnberg 30 000 Plakate, Flugblätter und Aufkleber, in denen zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess mobilisiert wird, ausgehoben. Die Wohnungen angemietet hat ein 23-jähriger arbeitsloser Rechtsextremist. Zusätzlich wurden rund 500 Exemplare der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Skin-Zines „Der Landser“ sichergestellt. Herausgeber des „Landser“ ist der Nürnberger Neonazi Andreas Kehrberger.

■ **Rotenburg/Fulda** - Zu einem „Querfronttreffen“, das zum Dialog zwischen „unkonventionellen“ linken und rechten Positionen beitragen soll, laden vom 17. bis 19. August Peter Töpfer (Berlin) und Mark Schenke (Offenbach) ein. Töpfer, ehemaliger Mitherausgeber der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Sleipnir“, versucht heute, sich als „nationaler Anarchist“ zu präsentieren und arbeitet dabei auch mit den Freien Nationalisten zusammen. Schenke, Ehemann der Multiaktivistin Ellen Kositzka, ist bisher unter anderem als Autor der „Jungen Freiheit“ hervorgetreten. An dem Unternehmen beteiligt sind auch der Musiker Josef Klumb („Jay Kay“) sowie der Sänger Friedrich Baunack von der Deutschland-Bewegung.

■ **Velbert** - In Velbert in Nordrhein-Westfalen hat ein Verein, der sich „Germanische Freunde e.V.“ nennt, seinen Sitz. Mitglied des als gemeinnützig anerkannten Vereins kann werden, wer „etwas für die germanische Sache machen möchte und die Gemeinschaft unter Germanen erleben will“. Das Organ des Vereins, „Germanen Magazin“, kann kostenlos von der Homepage heruntergeladen werden. Ganz im Stile des Esoterischen Hitlerismus fabulieren die „Germanen“ von der Unsterblichkeit der Hyperboreer und davon, dass Ägypten „uraltet Land der Germanen“ sei. Kopf des Vereins ist der Esoteriker Rainer Hasenpflug (Jg. 1968), bislang einer der Ansprechpartner der antisemitischen „Mallona“-Sekte oder auch „Quelle der Weisheit“ (QdW) genannt. Deren Ideologie setzt sich aus den Versatzstücken Science Fiction, Nazi-Ufos und Hohlwelt zusammen. Für sie gilt, dass nur Arier Menschen sein könnten, der „Rest“ seien „Reagenzglas-Mutanten“.

■ **Villingen-Schwenningen** - Das Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg sieht keine Möglichkeit, den 1982 wegen seiner Aktivitäten für die NPD aus dem Polizeidienst entlassenen Rechtsextremisten Jürgen Schützinger (Jg. 1953) wieder einzustellen. „Schon aus Rechtsgründen“ komme eine Wiedereinstellung nicht in Betracht, heißt es in einem Schreiben des Direktors der Bereitschaftspolizei an Schützinger, geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und Organisationsleiter der Gesellschaft für freie Publizistik. So habe Schützinger das 45. Lebensjahr bereits vollendet. Dies schließe eine Übernahme in das Landesbeamtenverhältnis aus. Schützinger will nun dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten eine außergerichtliche Lösung vorschlagen.

■ **Weikersheim** - Das stramm rechts ausgerichtete Studienzentrum Weikersheim (SZW) veranstaltet vom 16. bis 20. September seine 10. Hochschulwoche. Als Referenten sind unter anderem angekündigt: Jörg Schönbohm (CDU), Innenminister von Brandenburg, Tadeusz Guz, der bei Kongressen des Vereins zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis auftritt, Rolf Sauerzapf, Redner beim Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA), Wjatscheslaw Daschitschew, Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), Günter Zehm, ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, Jochen Staadt, Ex-Maoist, Bodo Scheurig, Autor des Bublies-Verlages und Siegmund Faust, der für das „Ostpreußenblatt“ zur Feder greift.

Ausland

■ **Italien (Genua)** - Bei den Krawallen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Genua wirkten auch Neonazis kräftig mit. Aus einem Geheimdossier der italienischen Polizei geht hervor, dass sich militante Mitglieder der rechtsextremen Forza Nuova, die engste Kontakte zu NPD und Jungen Nationaldemokraten (JN) unterhält, gezielt unter linke Globalisierungsgegner gemischt haben sollen und deren gewaltfreie Demonstration durch gezielte Provokationen eskalieren ließen. Ebenso sind nach Angaben des Vorsitzenden der Fronte Nazionale in Frosinone, Biagio Cacciola, etwa 300 Anhänger dieser rechtsextremen Organisation nach Genua gereist. An den Ausschreitungen waren auch Neonazis aus England beteiligt, darunter der 26-jährige Liam Stevens aus Birmingham. Er gehört einer Gruppierung namens „Black Dogs“ an. Der JN-Bundesvorstand ruft in einer Pressemitteilung vom 20. Juli dazu auf, „sich an kommenden, friedlichen Protesten gegen die Globalisierung“ zu beteiligen: „Außerdem sollte jeder sich Gedanken machen, wie man den Widerstand kreativ unterstützen kann. Es darf nicht sein, dass eine allgemeine Kriminalisierung der G-8-Gegner um sich greift!“ Am Ende der Erklärung steht die kämpferische Parole: „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist National!“

■ **Polen (Warschau)** - Die Europafahne, von zwei Balken in den polnischen Nationalfarben weiß und rot durchkreuzt, wird umrahmt von den Worten „Es gibt eine Alternative... Ich liebe mein Land“. So präsentiert sich die neue polnische Gruppierung „Alternatywa“, die aus über vierzig Gruppen und Verbänden entstanden ist und ihr Hauptziel im Kampf gegen den EU-Beitritt Polens sieht. Durch Übertritte aus anderen Gruppierungen verfügt die neue Formation bereits über sieben Abgeordnete im polnischen Parlament. Gegenwärtig sammelt man die benötigten 500 000 Unterschriften, um die Regierung zur Durchführung eines Referendums über den EU-Beitritt zu zwingen. Rund 35 Prozent der Polen seien gegen den Beitritt ihres Landes, besonders groß sei der Anteil im Bereich der Landwirtschaft, wird behauptet. Eine enge Zusammenarbeit zeichnet sich mit dem extrem rechten französischen Front National ab. Auf Einladung dieser Partei besuchten am 4. Juli die der Alternatywa angehörenden Abgeordneten Tomasz Karkowski und Marek Toczec das Europaparlament, wo sie Gespräche mit dem Spitzenfunktionär des Front National Bruno Gollnisch führten.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt**Adresse:**

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 16-2001 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

■ **Schweiz (Zürich)** - Der 84-jährige Schweizer Holocaust-Leugner Arthur Vogt wurde von der II. Strafkammer des Kantons Zürich der Rassendiskriminierung für schuldig befunden. Mit dem Urteil bestätigte die Strafkammer ein Urteil des Bezirksgerichtes Meilen vom Dezember 2000. Dabei geht es um Pamphlete mit rassistischem Inhalt, die Vogt im Sommer 1999 verschickt hatte. Das Gericht stuft die meisten der angeklagten Sätze als strafbar ein und verurteilte Vogt zu einer Geldbuße von 25 000 Franken. Der Holocaust-Leugner war bereits im März 2000 wegen Rassendiskriminierung zu einer Geldbuße von 8 000 Franken verurteilt worden.

Impressum**Verlag:**

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.